



uni-info

HERAUSGEBER: PRESSE- UND INFORMATIONSTELLE DER UNIVERSITÄT OLDENBURG, 29 OLDENBURG, POSTFACH 2503, TEL.: 51064, TELEX-NR. 25655 UNOL D., REDAKTION: GERHARD HARMS (VERANTWORTLICH), KARIN WOLF. MIT NAMEN GEZEICHNETE ARTIKEL GEBEN DIE PERSÖNLICHE MEINUNG DES VERFASSERS WIEDER. NACHDRUCK - AUCH NUR AUSZUGSWEISE - NUR BEI QUELLENGABE UND NACH RÜCKSPRACHE MIT DER REDAKTION. (DER GRÜNDUNGS-AUSSCHUSS, DAS KONZIL UND DER SENAT HABEN EINSTIMMIG BESCHLOSSEN, DASS DIE UNIVERSITÄT DEN NAMEN CARL-VON-OSSIETZKY-UNIVERSITÄT FÜHRT. DER NIEDERSÄCHSISCHE MINISTER FÜR WISSENSCHAFT UND KUNST HAT SICH DER FÜHRUNG DIESES NAMENS DURCH DIE UNIVERSITÄT BISHER WIDERSETZT.)

14. März
5/78

Sprachenerlaß nun auch für Oldenburger Universität gültig

Das Wissenschaftsministerium hat jetzt für Studenten, die in der Lehrerausbildung den Sekundarbereich II abschließen wollen, den Sprachenerlaß aus dem Jahre 1973 verbindlich vorgeschrieben. Er gilt allerdings nur für jene Studenten, die das Studium im SS 78 und später aufnehmen. Danach müssen Sek.II-Studenten bei der Meldung zu ihrem Examen folgende Sprachkenntnisse nachweisen:

- Für die Fächer Deutsch, Englisch, Französisch, Russisch und

Spanisch zwei Fremdsprachen.

- Für das Fach Geschichte ist eine Fremdsprache und das Kleine Latein erforderlich.
- Für die Fächer Latein und Griechisch sind das Große Latein und das Graecum nachzuweisen.
- Für das Fach Religion wird der Nachweis des Kleinen Latinums und ein fachgebundenes Graecum gefordert.
- Für die übrigen Fächer sind

Sprachkenntnisse nicht gesondert nachzuweisen.

Grundsätzlich wird in jedem Fall vorausgesetzt, daß die Examenkandidaten über hinreichende Englischkenntnisse verfügen.

In der Universität war der Sprachenerlaß auf Kritik gestoßen, weil er von einem überholten Wissenschaftsverständnis ausgehe und für Studenten, die über die Z-Prüfung das Hochschulstudium erreicht haben, ein unzumutbares Erschwernis darstelle.

Ossietzky-Tage '78

Über 500 Jugendliche aus Norddeutschland erwartet

Am 16. März des Monats treffen sich Rektorat, Konzilsvorstand und die politischen Gruppierungen, um über die am 4. und 5. Mai stattfindenden »Ossietzky-Tage« zu beraten. Wie bereits berichtet, werden diese Tage neben der Universität Oldenburg, vom Bundesjugendring, vom DGB-Landesbezirk Niedersachsen und von der Liga für Menschenrechte veranstaltet, die die Verleihung der Carl-von-Ossietzky-Medaille erstmals nach Oldenburg verlegen wird, um den Einsatz der Hochschule für den Friedensnobelpreisträger zu würdigen.

Zu der Veranstaltung, an der auch etwa 500 bis 1000 DGB-Jugendliche aus Nord- und Westdeutschland sowie West-Berlin teilnehmen werden, werden zahlreiche prominente Persönlichkeiten erwartet u.a. der DGB-Vorsitzende Heinz Oskar Vetter, der ehemalige Regierende Bürgermeister von Berlin, Heinrich Albertz, Helmut Gollwitzer, Erich Fried.

Im Mittelpunkt des Programms steht die Überreichung der Ossietzky-Medaille an die Preisträger 1977, den Gewerkschafter Willi Bleicher und Bundesverfassungsrichter Dr. Helmut Simon. Sie wird am 4. Mai, dem 40. Todestag Carl von Ossietzkys, am Vormittag die zweitägige Veranstaltung einleiten. Am Nachmittag wird das weitgehend aus Spenden von Universitätsangehörigen finanzierte Mahnmal für Ossietzky - ein überdimensionaler Stacheldrahtknoten - unter Beteiligung des Vorsitzenden von amnesty international, Bischof Frenz, und der Tochter Carl von Ossietzkys, Rosalinda von Ossietzky-Palm, enthüllt.

Der erste Tag der Ossietzky-Tage wird mit einem großen Kulturprogramm in der Weser-Ems-Halle enden, das von politisch engagierten Künstlern gestaltet wird. U.a. sollen dort auftreten: die Liedermacher Hein & Oss, Lutz Görner (durch Vortragen von Heine- und Tucholsky-Texten bekannt

geworden), die chilenische Gruppe »Liberacion Americana«, Helmut Debus und die Ossietzky-Songgruppe. Noch nicht sicher ist, ob Hannes Wader aus finanziellen Gründen engagiert werden kann. Die einzige Rede an diesem Abend wird ein Sprecher einer schwarz-afrikanischen Befreiungsbewegung halten. Sie soll den Charakter der Veranstaltung - nämlich Antifaschismus und Solidarität mit den Völkern der Dritten Welt - in besonderer Weise ausdrücken. Moderator: Henning Venske.

Am zweiten Tag ist eine Fahrt zum KZ Esterwegen, in dem Ossietzky einsaß, geplant. An ihr werden auch die DGB-Jugendlichen, die in der Universität untergebracht und versorgt werden, teilnehmen. Am Abend werden die Ossietzky-Tage mit einer Podiumsdiskussion über die Lage der Massenmedien in der Bundesrepublik abgeschlossen. Teilnehmer u.a.: Der Schriftsteller Erich Fried, der Theologe Helmut Gollwitzer, der Publizist Professor Fritz Eberhard und der Vorsitzende der Deutschen Journalistenunion, Eckart Spoo. Noch unsicher ist die Teilnahme von Günter Wallraff ebenso wie das Mitwirken von konservativen Vertretern. Die Podiumsdiskussion wird in der Cäcilienkirche stattfinden. Anschließend: Große Uni-Fete.

Krüger bekräftigt Willen zur Zusammenarbeit mit DGB

Vor der DGB-Landesbezirkskonferenz Niedersachsen-Bremen hat der Rektor der Universität Oldenburg, Professor Rainer Krüger, den Willen zur Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften bekräftigt und gleichzeitig festgestellt, daß die Kooperation lediglich ein bescheidenes Gegengewicht gegenüber den unübersehbaren einseitigen Verpflichtungen zwischen Wirtschaft und Hochschule bilde. Noch bleibe ein weiterer Nachholbedarf an arbeitnehmerorientierter Forschung und Lehre.

Kritik von konservativen Politikern an dem Kooperationsvertrag zwischen der Universität Oldenburg und dem DGB-Landesbezirk wies Krüger zurück. Durch die Zusammenarbeit werde der Pluralismus der Wissenschaftsausübung gefördert. Außerdem werde kein Forscher gedrängt oder gezwungen, sich im Sinne des Kooperationsvertrages zu betätigen.

Zuvor hatte Krüger in seiner kurzen Rede in Anwesenheit von Ministerpräsident Ernst Albrecht auf die feststellbare Rückwärtsorientierung in der Bundesrepublik verwiesen. Die Rechtsstaatsidee werde zunehmend gegen das Demokratieprinzip ausgespielt. Krüger wörtlich: »Wir erleben, daß der Rechtsstaat dazu fähig sein kann, demokratische Grundelemente der Gesellschaft einzuschränken, nämlich: die politische Meinungsfreiheit, Mitbestimmung und Chancengleichheit.«

Mathematik im Mittelalter und in der Renaissance

Die Stiftung Volkswagenwerk hat ein von dem Mathematiker Professor Menso Folkerts (Fachbereich IV) beantragtes Forschungsprojekt »Materialien zur Geschichte der europäischen Mathematik im Mittelalter und Renaissance« genehmigt und wird es für fünf Jahre mit einem Betrag von insgesamt 565.000 Mark fördern. Für das Projekt, an dem auch zahlreiche Wissenschaftler verschiedener Länder mitarbeiten werden, sind zwei Stellen vorgesehen, eine wissenschaftliche und eine nicht-wissenschaftliche.

Die Mathematik hat im Mittelalter wichtige Veränderungen erfahren, jedoch kennt man die Gründe dafür noch nicht ausreichend. Offenbar wurde die Entwicklung der Mathematik damals stärker noch als zu anderen Zeiten durch äußere Einflüsse bestimmt. Die Untersuchung der externen Faktoren ist ein riesiges Gebiet; unsere Übersicht über die Quellen - sowohl die inner- als auch die außermathematischen - ist noch unvollständig. Daraus folgt, daß es notwendig ist, zu versuchen, die für die Mathematik des Mittelalters wichtigen Quellen möglichst vollständig zu erfassen. Dies ist bisher nicht geschehen, obwohl seit Ende des 19. Jahrhundert intensiv mathematikgeschichtliche Forschung betrieben wird und sich seit 1945 insbesondere Wissenschaftshistoriker der USA und der UdSSR auch mit der Erforschung der mittelalterlichen Mathematik beschäftigen. Jedoch ist trotz zahlreicher punktueller Fortschritte unsere Kenntnis der mittelalterlichen Mathematik des Abendlandes noch nicht wesentlich über den Wissensstand zu Beginn des 20. Jahrhunderts hinausgeklagt.

Um diese Lücke zu füllen, sollen in internationaler Zusammenarbeit alle Handschriften mathematischen Inhalts in lateinischer Sprache und solche in den westeuropäischen Nationalsprachen möglichst vollständig erfaßt werden, soweit sie nicht später als im 16. Jahrhundert geschrieben wurden. Nicht berücksichtigt werden also insbesondere griechische und arabische Handschriften. Um die Fülle des Materials zu begrenzen, wird der Begriff »Mathematik« relativ eng gefaßt. So sollen etwa astronomische Handschriften ausgeschlossen werden, dies umso mehr, als es hierfür brauchbare Vorarbeiten gibt.

Das Projekt wird von Prof. Menso Folkerts, Universität Oldenburg, geleitet und für fünf Jahre aus Mitteln der Stiftung Volkswagenwerk gefördert. Bei der Erfassung und Identifizierung der mathematischen Texte sollen die Möglichkeiten der elektronischen Datenverarbeitung ausgenutzt werden. Die in Frage kommenden Handschriften sind über alle Länder Europas verstreut; einige befinden sich in den USA. Durch die Gewährung zusätzlicher Mittel ist es möglich, von allen Handschriften Mikrofilme anzufertigen und dadurch ein zentrales Archiv aufzubauen, das mehrere Tausend Handschriften enthalten soll. Es wird erstmals umfassend über das mathematische Schrifttum dieser Epoche unterrichtet, das bisher nur zum kleinen Teil durch gedruckte Ausgaben erschlossen ist, und interessierten Forschern zur Verfügung stehen. Das in Angriff genommene Projekt schafft die Voraussetzung dafür, eine

Neueinschätzung der mittelalterlichen Mathematik Westeuropas vorzunehmen und damit dieser Epoche den Platz einzuräumen, der ihr gebührt.

In den letzten Jahrzehnten hat sich in der Einschätzung der wissenschaftlichen Leistungen des Mittelalters ein bedeutender Wandel vollzogen. Lange Zeit war diese Periode des Übergangs zwischen zwei Höhepunkten - der griechischen Wissenschaft und dem Beginn der modernen Entwicklung im 16./17. Jahrhundert - sehr vernachlässigt worden, denn solange man sich vorwiegend mit den Leistungen der überragenden Gestalten befachte, in denen man den Fortschritt verkörpert sah, schienen Zeiten wie das lateinische Mittelalter wenig ergiebig zu sein. Man meinte, in dieser Zeit seien nur unbedeutende Leistungen erzielt worden. Inzwischen hat man die erhebliche Bedeutung sozialer, wirtschaftlicher und allgemein-politischer Faktoren für die Entwicklung der Wissenschaften erkannt. Unter diesem Gesichtspunkt sind Übergangszeiten von erhöhtem Interesse, findet doch besonders in ihnen die Überlieferung von Kenntnissen einer Epoche in eine andere, die Tradierung des wissenschaftlichen Kulturguts in andere Kulturkreise oder auch der Kampf zwischen rivalisierenden Anschauungen und Schulen statt. Häufig wird in dieser Zeit die Grundlage für eine neuartige Entwicklung oder einen weiteren Aufschwung der Wissenschaften gelegt, und oft sind dabei externe Faktoren wie Kriege, Krisen, wirtschaftliche und soziale Strukturen mindestens ebenso wirksam wie die internen, die in der Regel für die kontinuierliche Weiterentwicklung verantwortlich sind.

Diese Aussagen lassen sich am Beispiel der mittelalterlichen Mathematik gut nachweisen. Heute wird allgemein anerkannt, daß das Mittelalter in zweifacher Weise bedeutsam war: es hat das antike Erbe bewahrt, aber auch überlieferte Fragestellungen selbständig weiterentwickelt. Die griechische Mathematik ist nur zu einem geringen Teil über die Römer und die Klöster tradiert worden; viel wichtiger waren die Übersetzungen und Bearbeitungen griechischer Texte durch die Araber. Diese Werke wiederum wurden seit dem 11. Jahrhundert zum Teil ins Lateinische übertragen und dadurch dem Abendland zugänglich. Die Araber waren auch an der Tradierung mathematischer Aufgaben und Methoden östlicher Völker (Indien, Chinesen) beteiligt.

Die mittelalterliche Mathematik hat aber nicht nur übernommenes Wissen weitergegeben, sondern sie ist in mancher Hinsicht auch Vorbild und Wegbereiter für moderne Vorstellungen.

Forschungsaufenthalte in der Sowjetunion

Die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) arbeitet seit vielen Jahren außer mit der sowjetischen Akademie der Wissenschaften auch mit den sowjetischen Unionsministerien für das Gesundheitswesen und für Landwirtschaft zusammen. Im Rahmen dieser Zusammenarbeit ist es möglich, auf dem Wege über den vereinbarten Wissenschaftler-Austausch Informationsreisen und kürzere Forschungsaufenthalte an wissenschaftlichen Einrichtungen, die in der Sowjetunion diesen Fachressorts unterstellt sind, zu vermitteln. Der Austausch mit dem Gesundheitsministerium erlaubt es, jährlich rund 20 deutsche Mediziner für ca. zwei bis drei Wochen in die UdSSR zu entsenden. Dem sowjetischen Landwirtschaftsministerium können jährlich bis zu fünf mehrköpfige Delegationen zur Aufnahme vorgeschlagen werden.

Informationen zu diesen bisher nicht ausgeschöpften Förderungsmöglichkeiten erteilt auf Anfrage das Referat Wissenschaftliche Auslandsbeziehung 4 (Jost-Gert Glombitza) der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Kennedyallee 40, 5300 Bonn 2, Tel.: 02221 - 87 23 72.

DFG - Schwerpunkt psychologische Ökologie

Die Deutsche Forschungsgemeinschaft beginnt im Frühjahr 1978 mit einem neuen Schwerpunktprogramm zum Thema »Psychologische Ökologie«. Als Forschungseinrichtung innerhalb der psychologischen Wissenschaften untersucht die Psychologische Ökologie das Erleben und Verhalten von Individuen und Gruppen in ihren jeweiligen sozialen, technischen, kulturellen und geographischen Lebensbedingungen. Ihr Ziel ist die Beschreibung, Erklärung und Optimierung der erlebnis- und verhaltenswirksamen Bedingungen.

Informationen erteilt das Referat Geisteswissenschaften 4 (Dr. Bruno Zimmermann) der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Kennedyallee 40, 5300 Bonn 2, Tel.: 02221 87 23 93.

Systemforschung

Die Stiftung Volkswagenwerk Hannover wird die Förderung in ihrem Schwerpunkt »Systemforschung« beenden. Anträge können noch bis zum 30. Juni 1978 - auch zur Vergabe von Forschungsstipendien an Nachwuchswissenschaftler - gestellt werden. Seit 1971 hat die Stiftung in diesem Bereich rd. 10 Millionen Mark für 40 Projekte bewilligt.

Die Systemforschung ist ein vergleichsweise junger Wissenschaftszweig, der erst nach dem Zweiten Weltkrieg allmählich an Bedeutung gewonnen hat. Sie beschäftigt sich mit dem Gesamtverhalten und dem inneren Aufbau von z.B. sozio-ökonomischen oder technisch-naturwissenschaftlichen Systemen sowie dem Verhalten ihrer einzelnen Elemente im Rahmen kurz-, mittel- oder langfristiger Entwicklungen.

Kultusminister:

ELAB-Versuch zuende führen

Eine deutliche Absage an die Stufenschule bzw. das Stufenlehramt hat Kultusminister Dr. Werner Remmers im Zusammenhang mit der Einbringung des Gesetzes zur Vorläufigen Regelung des Ausbildungsverhältnisses in der Einphasigen Lehrerbildung formuliert. Gleichzeitig erklärte Remmers, er wolle diesen Modellversuch über den ganzen im Beamtenrechtsrahmengesetz bezeichneten Zeitraum fortsetzen lassen, »auch wenn manche zusätzlichen Experimente, die nicht unmittelbar mit der Einphasigen Lehrerbildung zu tun haben und die daher in Grenzen gehalten werden müssen, vielfach Unmut erregen«.

Die Tatsache, daß im Rahmen der ELAB die Stufenlehrerbildung fortfallen soll, hatte in der Universität schon Ende vergangenen Jahres Kritik ausgelöst, weil damit wichtige Elemente des Modellversuchs nicht zum Tragen kommen. Auch die Tatsache, daß ELAB-Absolventen mit dem Schwerpunkt Sekundarstufe I grundsätzlich als Grund- und Hauptschullehrer eingestuft werden sollen, dürfte in der Universität auf Ablehnung stoßen. Die Einstufung als Realschullehrer kann nach dem Gesetzesentwurf nur durch Laufbahnwechsel erreicht werden. Nachfolgend Auszüge aus der Remmers-Rede:

»Trotz der vorhandenen Parallelen gibt es sowohl hinsichtlich der Organisation der berufspraktischen Ausbildung wie auch im Formalen nicht unwesentliche Unterschiede zwischen der Juristenausbildung und der einphasigen Lehrerbildung:

1. Einphasige Lehrerbildung kann im Gegensatz zur einstufigen Juristenausbildung zum höheren wie gehobenen Dienst führen. Damit ist eine entsprechend breite beamten- und laubanrechtliche Absicherung erforderlich. Die notwendige Änderung des Beamtenrechtsrahmengesetzes ist bereits 1976 erfolgt. Der Entwurf zur Änderung des Niedersächsischen Beamtengesetzes liegt dem Hohen Hause als Landtagsdrucksache 8/2908 vor. Die Änderung der besonderen Niedersächsischen Laufbahnverordnung ist in die Wege geleitet.

2. Praxisphasen finden - von einer außerbetrieblichen Erkundung im 1. Studienabschnitt abgesehen - an der Schule statt und nicht wie bei der Juristenausbildung an verschiedenen Stationen. Dagegen gibt es eine aufsteigende Linie der Praxiserfahrung in den drei Ausbildungsabschnitten: von der Hospitation über den Unterricht unter Aufsicht zu Unterricht in eigener Verantwortung. Nur im 3. Studienabschnitt werden Tätigkeiten ausgeübt, die sonst Beamten vorbehalten sein sollen. Das öffentlich-rechtliche Ausbildungsverhältnis muß also erst für diesen Abschnitt begründet werden.

3. Die Verbindung von Unterricht und Schule muß durch Verordnung abgesichert sein. Im Personellen wird sie vor allem getragen durch die sogenannten Kontaktlehrer.

4. Die enge Verbindung von Schule und Universität läßt nur eine regional begrenzte Verteilung der für die berufspraktische Ausbildung der Studenten in Anspruch genommenen Schulen zu. Das Nebeneinander einer großen Zahl von Studenten der einphasigen Lehrerbildung und Referendaren und Anwärtern der zweiphasigen Ausbildung in diesen Regionen bringt Probleme. Diese haben nicht zuletzt zur Beendigung des Versuchs an der Universität Osnabrück geführt. Das Gesetz soll an

dieser Universität nur für die bereits einphasig Studierenden gelten. Für die Universität Oldenburg soll der Versuch jedoch über den ganzen im Beamtenrechtsrahmengesetz bezeichneten Zeitraum fortgesetzt werden, auch wenn manche zusätzlichen Experimente, die nicht unmittelbar mit der einphasigen Lehrerbildung zu tun haben und die daher in Grenzen gehalten werden müssen, vielfach Unmut erregen.

5. Mit der Einphasigkeit ist bei ihrer Einrichtung die Ausbildung zum Stufenlehrer verbunden worden. Auch sie ist nicht unabhängig für diesen Versuch. Zu verstehen ist sie vielmehr wiederum aus der damaligen Zeit, in der es sicher schien, daß bundesweit eine Stufenlehrerbildung eingeführt würde. Hier ist inzwischen ein Wandel eingetreten, auf den in diesem Hause im

Arbeitsgericht verfügt Einstellung Reinhard Webers

Erfolgreich hat sich der Diplom-Physiker Dr. Reinhard Weber gegen ein vom Wissenschaftsministerium drohendes Berufsverbot gewehrt. Das Arbeitsgericht Oldenburg gab seinem Antrag statt, das Land Niedersachsen per einstweiliger Verfügung zu verpflichten, mit ihm einen Vertrag als wissenschaftlicher Mitarbeiter in dem bis zum 31. August laufenden und durch Drittmittel finanzierten Projekt »Untersuchungen der Ausbreitung von Schall stationärer und beweglicher Lärmquellen zur Ermittlung von Schutzmaßnahmen und Verbesserung von Modellen zur Lärmvorhersage« abzuschließen. Der Rektor wurde inzwischen vom Wissenschaftsminister allerdings angewiesen, Berufung gegen das Urteil des Gerichts einzulegen.

Weber sollte bereits im November vergangenen Jahres als wissenschaftlicher Mitarbeiter in dem von Professor Volker Mellert und von der VW-Stiftung geförderten Projekt eingestellt werden. Obwohl es sich um ein Drittmittelprojekt handelt, in dem der wissenschaftliche Mitarbeiter weder Lehr- noch öffentliche Aufgaben wahrzunehmen hat, wurde Weber zu einer Anhörung Mitte November nach Hannover zitiert. Begründung: Funktionärstätigkeit in der KBW-Organisation »Gesellschaft zur Unterstützung der Volkskämpfe« (GUV), Teilnahme an einer Demonstration gegen Erhöhung der Gaspreise, Betreiben eines nicht genehmigten Informationsstandes des KBW.

Nach der Anhörung, in der Weber nachdrücklich dafür eintrat, daß jeder das Recht für sich in Anspruch nehmen dürfe, sich in der politischen Partei oder Gruppierung zu

Zusammenhang mit der Großen Anfrage der SPD zur Lehrerbildung eingegangen worden ist. Die Landesregierung beabsichtigt nicht, den Stufenlehrer einzuführen oder gar die Stufenschule zu errichten. Daher muß auch jeder einphasig Ausgebildete sich in eine der bestehenden Lehrerbildungsbahnen einfügen.

Bei der Ausbildung zum Lehrer der Primarstufe, der Sekundarstufe II oder der Sonderpädagogik ist das unproblematisch. Der für die Sekundarstufe I Ausgebildete gehört der Laufbahn des Lehrers an Grund- und Hauptschulen an, durch Laufbahnwechsel kann er aber Realschullehrer werden.

Diese Entscheidung hat sich die Landesregierung nicht leicht gemacht. Sie hielt es aber für unangebracht, Stufenlehrerlaufbahnen für die einphasig Ausgebildeten zu schaffen und damit diese Lehrer außerhalb der bestehenden Schulstruktur zu stellen. Sachlich bietet sich die gefundene Lösung an, daß die einphasige Ausbildung jeweils nicht nur auf eine Stufe zielt, sondern diese schwerpunktmäßig berücksichtigt. Eine Umstellung der Ausbildung ist aus eben diesem Grunde auch nicht erforderlich.

organisieren, in der er organisiert sein möchte, forderte das Niedersächsische Wissenschaftsministerium das Rektorat auf, den Vertrag Webers nicht zu unterzeichnen, da Zweifel an seiner Verfassungstreue bestünden. Rektor Professor Krüger remonstrierte gegen den Erlaß allerdings erfolglos.

Daraufhin zog Weber vor das Arbeitsgericht, das seine Entscheidung zugunsten des Klägers u.a. damit begründete, daß die vom Innenministerium zitierten Erkenntnisse für sich genommen nicht schon die Annahme rechtfertigten, daß sich der Antragsteller in der Vergangenheit verfassungsfeindlich betätigt habe. Die Beteiligung gegen die Erhöhung von Gaspreisen könne auf keinen Fall als verfassungsfeindliche Aktivität gewertet werden. Auch das öffentliche Anbieten von KBW-Schriften sei nicht per se verfassungswidrig.

Abgesehen davon, sei nicht ersichtlich, inwieweit das politische Engagement des Antragstellers die angestrebte Forschungstätigkeit konkret beeinflussen könnte. Die politische Einstellung Webers dürfte im Bereich des Forschungsprojekts, für das er eingestellt werden möchte, kaum zum Tragen kommen. Das Gericht in seiner Begründung wörtlich: »Da nach alledem ein Mißbrauch des Ausbildungsverhältnisses für verfassungsfeindliche Aktivitäten nicht zu befürchten ist, kann dem Antragsteller die Eignung für die begehrte Stelle nicht abgesprochen werden. Eignung kann ihm in der Tat nicht abgesprochen werden: Weber bestand nicht nur sein Physik-Examen an der Universität Göttingen mit der Note »sehr gut«, sondern auch seine Promotion mit dem gleichen Ergebnis.

BAFöG-Studenten schneller fertig

Der Bundestagsabgeordnete Vogel-sang (SPD) hatte die Bundesregierung gefragt: Ist der Bundesregierung bekannt, ob und in welcher Weise sich für Studenten, die nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz gefördert werden, erkennbare Unterschiede im Studienverhalten - insbesondere hinsichtlich der Studiendauer, des Studienerfolgs und des Studienabbruchs ergeben, und wenn ja, welche Forderungen zieht sie daraus?

Darauf hat der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft, Björn Engholm, die folgende Antwort gegeben.

Eine von dem Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft veranlaßte Untersuchung der HIS-GmbH über »Studienverlauf und Beschäftigungssituation von Hochschulabsolventen und Studienabbrechern« hat ergeben, daß sich das Studienverhalten in Abhängigkeit von der überwiegenden Art der Studienfinanzierung erkennbar unterscheidet:

- Absolventen, die das Studium überwiegend aus öffentlichen Mitteln finanziert haben, beendeten ihr Fachstudium in 9,9 Hochschul- und 9,5 Fachsemestern statt wie der Durchschnitt in 10,7 Hochschul- und 10,1 Fachsemestern.
- Im Vergleich zu Absolventen, die ihr Studium im wesentlichen durch eigene Erwerbstätigkeit finanzierten, benötigten sie 3,1 Hochschul- und 1,7 Fachsemester weniger.

3. Studienabschnitt

Die nächste Veranstaltung für Studenten des 3. Studienabschnitts (Praxisphase 1.8.1978) findet am Freitag, 7. April 78, 11.00, VG 217 statt.

Ausschreibung

Dezernat 3 (Immatrikulationsamt). 1 Verwaltungsgestellte(r), BAT VIII - Kennziffer 6.VIII-VD. Aufgabengebiet: Mitarbeit in Zulassungs- und Immatrikulationsangelegenheiten, verwaltungsmäßige Abwicklung von Röntgenuntersuchungen. Erwünscht sind Verwaltungserfahrung und Grundkenntnisse in der elektronischen Datenverarbeitung. Bewerbungen unter Angabe der Kennziffer bis zum 20. März 78 an den Rektor der Universität Oldenburg, 2900 Oldenburg, Ammerländer Heerstr. 67 - 99.

Räume gesucht

Die Studentenselbsthilfe-Kindertagesstätte sucht neue Räume. Nach Auskunft des ASTA wird dringend eine 4- bis 5-Zimmerwohnung oder ein Haus - nach Möglichkeit mit Garten - benötigt. Meldungen an den ASTA, Sozialreferat. Tel.: 53 891.

- Absolventen, die ihren Lebensunterhalt überwiegend aus öffentlichen Mitteln bestreiten, haben das Studium zu 30 v.H. in der Mindestzeit abgeschlossen; von den Auszubildenden, die auf ständige Erwerbstätigkeit angewiesen waren, gelang dies dagegen nur 23 v.H.
- Soweit Auszubildende ihr Studium abbrachen, taten sie das besonders frühzeitig, wenn sie ihr Studium überwiegend durch Leistungen nach dem BAFöG finanzierten, nämlich durchschnittlich nach 4 Semestern, Studenten, die auf eigene Erwerbstätigkeit angewiesen sind, dagegen nach 6,1 Semestern.
- Von den BAFöG-finanzierten Absolventen führten als Grund für die Überschreitung der Mindeststudienzeit 3,5 v.H. an, daß die »Intensität des Studiums« durch notwendige Erwerbstätigkeit gemindert wurde, während Absolventen, die ihr Studium durch eigene Erwerbstätigkeit finanzierten, diesen Grund zu 25,5 v.H. nannten.

KWW-Broschüren

Die Kontaktstelle für wissenschaftliche Weiterbildung hat in ihrer Reihe »Informationen zur wissenschaftlichen Weiterbildung« die Hefte 5 bis 7 herausgegeben.

Heft 5: Erzieherfortbildung - Materialien zu zwei Tagungen. Dieses Heft berichtet über zwei Mitarbeiterfortbildungstagungen der KWW im Rahmen der Projektfinanzierung des BMBW zum Schwerpunkt der KWW »Vorschulerziehung«. In diesem Schwerpunktbereich wurden sowohl Kurse für Erzieher wie für Eltern angeboten. Das Heft enthält Beiträge u.a. von Klattenhoff, Fleßner, Ulshöfer, Hopf.

Heft 6: Goldmann/Schmiederer/Witulski, Bildungsurlaub für Frauen im Reinigungsdienst. Dieses Heft enthält den Bericht und die Materialien von Kursen im Bildungsurlaub mit Frauen im Reinigungsdienst und ist in Zusammenarbeit mit der VHS Oldenburg entstanden.

Heft 7: Arnold/Dröge-Modelmog/Krafft/W.R. Müller, Bildungsurlaub für ältere Arbeitnehmer. Dieses Heft enthält ebenfalls den Bericht über Bildungsurlaubskurse mit Materialteil. Es ist in Zusammenarbeit mit Arbeit und Leben im Rahmen der Kooperationsvereinbarung Universität Oldenburg mit DGB/Arbeit und Leben Niedersachsen entstanden.

Die Hefte sind bei der KWW, VG 305 zu erhalten. Das Heft 5 wird umsonst abgegeben, die Hefte 6 und 7 gegen einen Betrag von je DM 2.-.

ZpB regelt Sprechstunden

Die ZpB-Mitarbeiter bitten um Verständnis, daß ab sofort die ZpB-Arbeitsstelle montags und dienstags ganztätig und mittwochs bis 12.00 für den gesamten Publikumsverkehr geschlossen ist. Grund: Sie können sonst die anfallende Verwaltungsarbeit nicht mehr leisten.

Personalien

Eingestellt wurden:

Edith Adams als Angestellte im Schreibdienst im FB I.

Hans-Peter Bäumer als Angestellter im Rechenzentrum.

Wolfgang Busch als wissenschaftlicher Angestellter im Rechenzentrum.

Astrid Drews als Angestellte in der Bibliothek.

Henry Havemann als technischer Angestellter im Rechenzentrum.

Heinrich Lukas als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Forschungsschwerpunkt »Innovationsstrategien für kleine und mittlere Unternehmen in peripheren Gebieten« des Projekts EROF.

Dr. Sigrun-Heide Filipp, wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Trier, ist mit der Verwaltung der H3-Stelle »Entwicklungspsychologie« im Fachbereich I beauftragt worden.

Dr. Ulrich Mees, Assistenzprofessor an der Freien Universität Berlin, ist mit der Verwaltung der H3-Stelle »Allgemeine Psychologie: Motivation und Handlungstheorien« beauftragt worden.

Gabriele Hübner-Voss ist weiter mit der Verwaltung der H3-Stelle »Visuelle Kommunikation - Bildende Kunst mit dem Schwerpunkt Graphikk, Film und Fotografie« beauftragt worden.

Dr. Friedhelm Nachreiner, bisher wissenschaftlicher Mitarbeiter bei der Forschungsgesellschaft für Arbeitsphysiologie und Arbeitsschutz e.V. in Dortmund, ist zum wissenschaftlichen Rat und Professor für das Fach »Angewandte Psychologie mit dem Schwerpunkt Arbeitspsychologie« ernannt worden.

Dr. Gerold Behrens, bisher Akademischer Rat an der Gesamthochschule Paderborn, ist zum wissenschaftlichen Rat und Professor für das Fach »Allgemeine Betriebswirtschaftslehre« ernannt worden.

Klaus Beilstein, Leiter der Künstlerischen Werkstätten, und **Max Steffens**, Lehrbeauftragter an der Universität, stellen in der Galerie 3 vom 10. März bis 12. April 1978 in Cloppenburg Zeichnungen und Drucke aus.

Professor Rüdiger Hillgärtner, Anglist im Fachbereich II, hielt am 9. und 10. Januar 78 an der Universität Marburg zwei Gastvorträge zu den Themen »Zum Begriff der Kultur und zum Gegenstand der Kulturtheorie« und »Die Auswirkungen von HRG und Kapazitätsverordnung auf die Ausbildung von Englischlehrern«.

Professor Heinrich Besuden, Hochschullehrer für Didaktik der Mathematik, ist zu Vorträgen in die USA eingeladen worden. Er nimmt Ende März an Arbeitstagungen an der Arizona State University Phoenix und an der Northern Arizona University, Flagstaff, teil. Am 10. April spricht er vor der Konferenz für Prescriptive Mathematik über Förderungsmöglichkeiten für lernschwache Schüler. Auf der anschließenden Jahrestagung der amerikanischen Mathematiklehrer (NCTM) hält er in San Diego einen Vortrag über die Schulung räumlichen Vorstellungsvermögens im Grundschulalter.